

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 145. Ratssitzung vom 14. April 2021

3851. 2020/555

Dringliches Postulat von Maria del Carmen Señorán (SVP) und Martin Götzl (SVP) vom 02.12.2020:

Unterstützung des lokalen Gewerbes mit Angeboten für die Mitarbeitenden der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Maria del Carmen Señorán (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3191/2020): Wenn Sie in letzter Zeit durch die Stadt liefen, fielen Ihnen die vielen leeren Schaufenster und Räumlichkeiten sicherlich auch auf. Es ist kein Geheimnis, dass viele Gewerbe in der heutigen Situation zu kämpfen haben. Dazu kommt, dass ein Grossteil der Personen neu im Homeoffice arbeitet. Wenn das Homeoffice nicht in der Stadt liegt, werden diese Personen verständlicherweise ihre Einkäufe und Dienstleistungen dort tätigen, wo sie leben. Dem Gewerbe der Stadt entgeht so Kundschaft. Was kann man also als Stadt tun, um einen Anreiz zu schaffen, das städtische Gewerbe zu unterstützen, ohne dass es viel kostet? Viele von Ihnen arbeiten sicher in Unternehmen, wo es beispielsweise im Intranet eine Liste mit verschiedenen Firmen in der Umgebung gibt, die ihre Dienstleistungen oder Produkte anbieten. Als Mitarbeiter kann man so einen Vorzug geniessen; seien es Rabatte, ein gratis Gipfeli zum Kaffee oder ein 2-für-1-Angebot. Oftmals kennt man diese Geschäfte nicht, weil sie in einer Seitengasse versteckt sind. Weil sich das Geschäft auf der Liste befindet, wird man aber neugierig und besucht es. Das mag auf den ersten Blick nicht eine rettende Massnahme gegen das Firmensterben sein, aber wenn man bedenkt, dass die Stadt Zürich 28 000 Mitarbeiter hat und wenn nur ein Prozent von ihnen das Geschäft besuchen, dann sind das 280 Kunden. Mit einem einfachen Mittel, das die meisten Unternehmen bereits schon lange anwenden und das gewisse Dienstabteilungen bereits verwenden, kann ein Anreiz geschaffen werden, das städtische Gewerbe zu unterstützen. Abgesehen davon wird die Attraktivität des Arbeitgebers verbessert. So würde sich beispielsweise ein ausserhalb der Stadt lebender Mitarbeiter überlegen, die nächsten Coiffeur-Termine wieder in der Stadt wahrzunehmen oder die Schulmaterialien für die Kinder wieder in der Stadt zu besorgen. Welche Firmen sollen auf diese Liste? Das Kleingewerbe soll unterstützt werden. Das wird nicht Migros oder H&M sein, aber der Coiffeur, der Lebensmittelladen, der Barista, der Schuhmacher, der Schneider oder das Yoga-Studio. Wenn heute online nach «Vergünstigung Stadt Zürich» gesucht wird, sind die Resultate ein vergünstigtes Fitness-Abo bei Activ Fitness, günstige Bedingungen bei Swisscom-Mobileabonnements und verschiedene Hard- und Software zu günstigen Konditionen bei Brack.ch. Das zeigt, dass bereits etwas Kleines vorhanden ist. Jetzt muss die Liste ausgebaut werden. Die Unternehmen bieten den Mitarbeitern «Goodies» und im Gegenzug beziehen die Mitarbeiter die Dienstleistung bei den Unternehmen. Das Ganze basiert auf freiwilliger*

Basis und kostet die Verwaltung ausser dem Aufwand für die Verwaltung der Liste nichts. Hätte die Verwaltung eine Personalkommission, gäbe es diese Liste sicherlich bereits. Jetzt muss sie vom HR übernommen werden. Es ist eine Win-win-Situation für alle Beteiligten, die mit einem vergleichsweise kleinen Aufwand erreicht werden kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat hat für beide Anliegen, die aus dem Postulat sprechen, grundsätzlich Sympathien. Trotzdem kommt von unserer Seite ein entschiedenes Nein. Das Anliegen, dem Gewerbe Sorge zu tragen, ist für den Stadtrat wichtig. Den Tatbeweis dafür erbracht wir genügend, sei das durch das Entgegenkommen bei den Mieten, das Drei-Drittels-Modell für Mietzinsbeiträge, die Appelle der Stadtpräsidentin und weiteren Stadträten, dass das lokale Gewerbe berücksichtigt werden soll sowie dass die ausgefallenen Weihnachtsessen durch Geschenke aus lokaler Produktion von lokalen Händlern ersetzt wurden. Das Postulat ist nicht der richtige Weg für das Anliegen. Der zweite Punkt sind die guten Konditionen für das städtische Personal. Auch das ist für den Stadtrat sehr wichtig: ein faires Gehalt, gerechte Anstellungsbedingungen, gute Pensionskassen, entsprechende Ausrüstung und Anpassungen, um die Arbeit erledigen zu können, genügend Ressourcen sowie Weiterbildungen. Rabatte bei Betrieben gehören nicht dazu. Erstens darf der erhoffte Effekt nicht überschätzt werden. Nur ein kleiner Teil der städtischen Mitarbeitenden lebt tatsächlich in der Stadt und der andere Teil wird dementsprechend die Einkäufe nicht in der Stadt erledigen und die schweren Taschen durch den Pendelverkehr nachhause tragen wollen. Zweitens wäre es ein enormer Aufwand, Verhandlungen zu führen, diese aufrecht zu erhalten, Konditionen zu erreichen und Änderungen zu kommunizieren. Was für ein Gewerbebetrieb in einer Ortschaft gut machbar ist, ist für die Stadt mit 28 000 Mitarbeitenden an verschiedensten Standorten nicht das Gleiche. Was ein Privater machen kann, ist für die Stadt vielleicht noch lange nicht möglich. Wir befinden uns in einem Glashaus, die Bevölkerung schaut auf uns und ich wäre mir nicht sicher, ob es nicht genau die einreichende Fraktion wäre, die mit voller Empörung von Privilegien für die städtischen Mitarbeitendem sprechen würde, wenn wir eine solche Vorlage präsentieren würden. Nicht zuletzt ist ein Punkt, dass wenn die Stadt mit ihrer Marktmacht gewisse Gewerbe ansprechen würde, dann würden sich die einen oder anderen von ihr erpresst fühlen. Es gib sehr viele gute Gründe, warum das kein guter Vorstoss ist und es gibt bessere Mittel, um die Ziele zu erreichen.*

Weitere Wortmeldungen:

Patrik Maillard (AL): *Es ist erstaunlich, dass die Seite, die stets Stellen abbauen will, ein Rabatt-System einführen will für die Angestellten der Stadt. Die AL lehnt das Postulat ab, obwohl wir das hehre Ziel der Unterstützung des lokalen Gewerbes sehen. Es wird jedoch gründlich verfehlt und würde zur Ungleichbehandlung führen. Die Stadt würde mit umliegenden Läden und Dienstleistungsbetrieben verhandeln, die für einen solchen Deal mit einem Rabatt-System bereit sind. 28 000 städtische Angestellte würden potenziell von Vergünstigungen in einzelnen Geschäften profitieren, seien das beispielsweise Fitness-Zentren, Zahnärzte oder Yoga-Studios, die bereit sind, solche Rabatte anzubieten.*

Gehen wir davon aus, dass die städtischen Angestellten auf Rattenfängerangebote eingehen, wie beispielsweise 20 Prozent Rabatt auf die ohnehin hohen Katalogpreise, und gewisse Einkäufe nach der Arbeit in der Innenstadt tätigen statt im Quartier, in dem sie wohnen. Wäre damit dem lokalen Gewerbe gedient, wenn die Angestellten wegen 10 Prozent Rabatt ins Yoga-Studio in der Nähe der Arbeit statt im Wohnquartier gehen oder wenn sie ihre Kleider nicht mehr im Quartier reinigen lassen, sondern im Umfeld des Arbeitsplatzes? Abgesehen davon, wohnen viele städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht in der Nähe des Arbeitsplatzes. Teilweise wohnen sie auch ausserhalb der Stadt. Im Idealfall unterstützen sie das Gewerbe vor Ort, wenn sie nicht alles bei Zalando und ähnlichem bestellen. Zusätzlich gibt es grundsätzliche Überlegungen, die gegen ein staatliches Rabatt-System sprechen. Der Kanton Basel-Stadt kennt meines Wissens als einziger staatlicher Arbeitgeber ein solches Rabatt-System. Dort sind es beinahe 200 Anbieterinnen und Anbieter, die Rabatte für die staatlichen Angestellten anbieten. Die Liste wurde veröffentlicht und sorgte für viel Kritik, vor allem, weil einzelne Unternehmen bevorzugt werden und weil der Verdacht auf Vetternwirtschaft aufkommen kann, weil der Staat Aufträge an private Firmen vergeben kann. Aufgrund der Nicht-Diskriminierung und der Gleichbehandlung soll der Staat als Arbeitgeber unseres Erachtens nicht auf solch selektive Anreizsysteme eingehen. Wenn private Firmen oder Gewerkschaften und Personalverbände solche Systeme anbieten, ist das etwas anderes, als wenn der Staat dies tut. So lehnt beispielsweise der Kanton Aargau jegliche Anfragen von Firmen ab und verweist auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Personalverbänden. Die Forderung im Postulat ist nicht zielführend, ungerecht und keine staatliche Aufgabe.

Claudia Rabelbauer (EVP): *Das Postulat war für uns auf den ersten Blick sehr sympathisch. Das lokale Gewerbe zu unterstützen, ist eine hervorragende Sache. Als wir den Vorstoss diskutierten, sahen wir zunehmend Probleme, die er mit sich bringt. Ich will an den PUK-Bericht erinnern, der zutage brachte, dass sich das öffentliche Recht einer Verwaltung grundlegend vom privaten Recht von privaten Firmen unterscheidet und dass eine Vermischung von beiden nicht geht und nicht gut ist. Das Postulat impliziert eine solche Mischung und Durchmischung.*

Dominique Zygmunt (FDP): *Uns ging es sehr ähnlich. Wir haben viel Sympathie für das Anliegen, das hier zum Ausdruck gebracht wird. Auf den ersten Blick sieht das interessant aus. Das Postulat will, dass alle städtischen Mitarbeitenden Rabatt-Gutscheine erhalten sollen. Dieser Ansatz bringt leider einige Probleme mit sich. Die Stadt Zürich hat über 28 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit so vielen Personen verfügt sie über einen beträchtlichen Hebel. Darum ist diese Aktion leider nicht mit privatwirtschaftlichen Lösungen zu vergleichen; es geht hier um deutlich mehr. Wir bezweifeln, dass die Gewerbetreibenden und der Gewerbetreibende tatsächlich etwas davon haben, wenn die Stadt ihnen zu beträchtlichen Rabatten anregen will. Ist es eine Win-win-Situation, wenn die einzelnen Gewerbe dem riesigen Hebel des Staats gegenübergestellt werden? Etwas geht vergessen: Eine solche Rabatt-Aktion ist nicht gratis. Es ist auch nicht automatisch eine Win-win-Situation. Es besteht die grosse Gefahr, dass nur politisch genehme Gewerbebetriebe das Privileg erhalten und dass dann alle anderen leer ausgehen. Das ist eine Situation, die wir nicht unterstützen können, weil sie hochgradig unfair ist. Es geht darum, dass*

Mehrumsatz generiert werden soll. Der Mehrumsatz führt jedoch nicht automatisch zu mehr Gewinn. Das sieht man sehr oft in der Privatwirtschaft, wenn grosse Organisationen etwas mit kleinen Gewerblern machen. Dabei wäre es das Ziel, dass unter dem Strich mehr Gewinn übrigbleibt. Darüber hinaus fragen wir uns, was den Mitarbeitenden eine solche Rabattaktion tatsächlich bringt. Wenn sie heute das Gewerbe unterstützen wollen, können sie das bereits mit ihrem Kaufentscheid auf dem freien Markt. Eine solche Rabattaktion wäre eine weitere Verbesserung der Anstellungsbedingungen der Stadt, was wir zum jetzigen Zeitpunkt und mit diesem Instrument nicht suchen. Wir bezweifeln ausserdem, dass Rabattaktionen eine positive Wirkung auf dem Arbeitsmarkt haben, dass also wegen der Rabatte mehr Personen für die Stadt arbeiten wollen. Wenn wir eine Win-win-Situation für das Gewerbe und die Stadt schaffen wollen, dann haben wir eine andere Vorstellung vom Weg dahin. Es sind eine angemessene Steuersenkung für das Gewerbe und eine Politik, die sich für gewerbefreundliche Rahmenbedingungen einsetzt. Uns wäre lieber, wenn die Gewerbebetreibenden den für sie richtigen und fairen Preis auf dem Markt erzielen können. Win-win bedeutet für uns, wenn die Stadt nicht versucht, den Preis mit Rabatten zu beeinflussen.

Isabel Garcia (GLP): *Auch die GLP ist selbstverständlich der Auffassung, dass für das lokale Gewerbe einiges unternommen werden soll und dass gute Rahmenbedingungen notwendig sind. Gerade in dieser schwierigen Zeit, von der insbesondere kleine und mittlere Unternehmen besonders im Dienstleistungsbereich betroffen sind, macht der Stadtrat sehr vieles gut und richtig. Bei uns war bereits der erste Eindruck des Postulats eher schwierig. Zusammenfassend kann man sagen, dass es ein Schwurbel-Postulat mit völlig unklarem Nutzen ist. Wir schauten das Postulat aber genauer an und analysierten es seriös. Für uns gibt es vier Gründe, warum wir das Postulat nicht unterstützen. Erstens wird das postulierte Ziel damit nicht erreicht. Zweitens ist der Vorstoss diskriminierend. Drittens führt er zu einem enormen bürokratischen Aufwand. Viertens ist es ein komplett ungeeigneter Mechanismus, der zwar in sympathischen Worten dargelegt wird, aber nicht für einen staatlichen Arbeitgeber geeignet ist. Für die städtischen Angestellten sind Benefits bereits mannigfaltig vorhanden.*

Alan David Sangines (SP): *Wir teilten anfangs das Erstaunen des Redners der AL und teilen es immer noch. Es ist erstaunlich, dass die SVP, die während der Budgetdebatte von einer geschützten Werkstatt spricht, wenn es um die städtischen Mitarbeitenden geht, ein Postulat einreichte, das unter anderem zur «Attraktivität des Arbeitgebers» beitragen sollte. Wenn aber vernünftiger Parteimitglieder wie Maria del Carmen Señorán (SVP) ein Postulat einreichen, das in eine andere Richtung geht, gehört das gewürdigt. Wir verstehen die Sorge nicht, die hier mehrmals geäussert wurde. Ein Argument war, dass man nicht mehr im Quartier einkaufen würde. Wir lasen den Postulatstext jedoch nicht so: Rabatte für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen nicht nur in der Innenstadt ermöglicht werden. In der gesamten Stadt Zürich soll das möglich sein. An einer Rabattliste können sich auch die Gewerbe in Quartieren beteiligen. Die Problematik des übermächtigen Staats teilen wir auch nicht. Die Handhabung in Basel ist auch so, dass nicht der Kanton auf die Unternehmen zugeht und sie so unter Druck setzt. Die Akquisition findet umgekehrt statt: Das Gewerbe kann sich melden, wenn es einen Rabatt für die Mit-*

arbeitenden aushandeln will. Wir finden es erstaunlich, wenn das als diskriminierend bezeichnet wird. Wenn wir damit beginnen und immer alle gegeneinander ausspielen, ist das nicht eine Politik, die wir verfolgen wollen. Wir setzen uns sowohl für das Gewerbe als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt ein und finden, dass sie nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Das Bürokratiemonster einer solchen Liste sehen wir nicht. Es wird zu einem Aufwand kommen, aber finden, dass es den Aufwand gerade in der jetzigen Situation wert ist. Amüsant ist die absurde Befürchtung der FDP, dass nur noch politisch genehme Gewerbe berücksichtigt werden. Eine solche Rabattliste sollte ausprobiert werden, wir sehen nicht, dass das zu einer Diskriminierung führen wird. Wir sehen auch nicht, dass die Stadt ihre Macht ausnützen wird, um dem lokalen Gewerbe vorzuschreiben, dass es mitmachen soll. Es ist eine freiwillige und sympathische Aktion.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): «Wer sucht, der findet». Man kann immer Argumente dagegen finden, auch wenn es ein guter Ansatz ist. Es handelt sich um ein Postulat und nicht um eine Motion; die Umsetzung könnte durchaus angepasst werden. Es wurde mit Diskriminierung argumentiert: Die einen können von den angebotenen Rabatten profitieren, die anderen nicht. Es gibt die Preisdifferenzierung: Man kann für verschiedene Schichten verschiedene Preise anbieten. Das ist normal. Es ist auch gut für die Gewerbebetreibenden, wenn sie einen Anlass und Grund haben, legitim Rabatte zu gewähren. Man kann ihnen dann nicht ein Lockvogelangebot vorwerfen. Dass man über die Stadt herfallen würde, wenn sie das in die Wege leiten würde: Das könnte geschehen, wenn das vom Stadtrat in Eigenregie erfolgen würde. Aber gerade darum kann dem Stadtrat kein Vorwurf gemacht werden, wenn der Vorstoss vom Parlament kommt und es dahintersteht. Wenn STR Daniel Leupi meint, dass wir dagegen Opposition machen würden, liest er spekulativ in der Glaskugel.

Roger Bartholdi (SVP): Ich kann aus der Praxis reden, weil ich selbst vor einigen Jahren eine solche Liste für ein grösseres Unternehmen führen durfte. Es geht um eine Rabattliste, obwohl die Form der Mittel offengelassen und die Mitarbeiter-Rabattliste nur als Beispiel aufgeführt wird. Eine solche Liste ist äusserst einfach zu führen. Seinerzeit machte ich eine Excel-Liste, die ich online aufschaltete. Pro Tag war das ein Aufwand von vielleicht zwanzig oder dreissig Minuten. Die Aktualisierung der Liste ist eine überschaubare Arbeit; der grösste Aufwand war, wenn ein Mitarbeiter anrief, weil das Unternehmen nichts mehr vom Rabatt wusste. Die Rabattliste war sehr beliebt und führte zu enorm vielen Klicks. Die Liste konnte nach Begriffen wie «Gastronomie» oder «Schmuck» durchsucht werden. Man kann eine solche Liste einfacher oder professioneller gestalten. Es handelt sich nicht um Lohnnebenleistungen der Stadt. Es sind Drittfirmen, die einen Rabatt gewähren wollen. Festgelegt werden kann, ob es einen gewissen Mindestrabatt geben soll, um auf die Liste gelangen zu können. Es handelt sich nicht um Diskriminierung. Jedes Unternehmen hat die Möglichkeit, ein solches Angebot zu unterbreiten. Es ist eine Win-win-Situation, weil einerseits die Stadt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine tolle Liste präsentieren kann und weil andererseits die Unternehmen mehr Umsatz generieren können.



6 / 6

Das Dringliche Postulat wird mit 56 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat